

6. Februar 2009

Mazedonien vor den Präsidentschafts- und Kommunalwahlen

WWW.KAS.DE/MAZEDONIEN

Am 22. März finden Präsidentschafts- und Kommunalwahlen in Mazedonien statt. Die Nominierung der Präsidentschaftskandidaten ist abgeschlossen und der inoffizielle Wahlkampf hat bereits begonnen. Entscheidend für die Aufnahme von EU- Beitrittsverhandlungen wird ein freier und fairer Wahlverlauf sein. Eine Lösung des Namenstreites mit Griechenland ist derweil nicht in Sicht.

Ein Politikwissenschaftler als Kandidat der Regierung

Prof. Georgi Ivanov ist der Präsidentschaftskandidat der regierenden VMRO-DPMNE. Fast einstimmig wurde seine Kandidatur von den Parteimitgliedern bestätigt. Bisher ist der Akademiker und Politikwissenschaftler, der als Premier Gruevskis Mann angesehen wird, der allgemeinen Bevölkerung wenig bekannt. Doch hat der in der politischen Praxis unerfahrene Ivanov – bereits vor offiziellem Wahlkampfbeginn – mit der Unterstützung seiner Partei begonnen, durch öffentliche Auftritte und Zusammenreffen mit wichtigen Interessengruppen (wie zB den führenden Gewerkschaften des Landes) sein Profil zu stärken. Würde er den Sozialdemokraten Crvenkovski im Präsidentenamt ablösen, klängen die innenpolitischen Dissonanzen zwischen Staatsoberhaupt und Regierung ab. Auch außenpolitisch dürfte ein Präsident Ivanov die patriotisch gefärbte Linie der konservativen Regierung unterstützen: „Gemeinsam stehen wir stärker da“, meinte Ivanov nach seiner Bestätigung als Kandidat. „Mazedonien sollte stolz auf sein Erbe sein, aber dieses sollte

unserer besseren Zukunft dienen. Die Zukunft, die uns erwartet ist nicht leicht.“¹ Eine gemeinsame, klare Linie zwischen Präsident und Premier ist insbesondere für die Weiterführung der Verhandlungen mit Griechenland über den Landesnamen von Bedeutung.

Ein neuer Präsident = ein neuer Impuls im Namensstreit?

Doch geben in letzter Zeit die Äußerungen sowohl der mazedonischen als auch der griechischen Seite wenig Anlass zu der Hoffnung, den Streit noch 2009 zu lösen und damit den Weg freizumachen für die NATO-Mitgliedschaft und die EU-Integration des Landes. Die durch die andauernden innenpolitischen Unruhen geschwächte Regierung in Athen erscheint mit Blick auf die wahrscheinlichen Neuwahlen zu keinem Kompromiss bereit. Das unterstrich der neue griechische Kulturminister: „Ich glaube nicht, dass Mazedonien als eigenständiges Land überleben wird und Griechenland wird nichts zu befürchten haben von der Gründung eines ‚Großalbaniens‘ und ‚Großbulgariens‘.“² Zudem machte die griechische Außenministerin als neue Vorsitzende der OSZE auf ihrer dieswöchigen Tour durch die Länder des Balkan klar, dass allein Skopje die Verhandlungen behindere: „Gruevski glaubt nicht an den Nutzen der Verhandlungen“³, so Bakoyannis, die einen Besuch Skopjes auf ihrer Reise ausließ. Skopje hat im vergangenen November eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof gegen Athen eingereicht, das durch sein „Veto“ auf dem Bukarester



¹ Balkaninsight.com, 26.01.2009

² Balkaninsight.com, 15.01.2009.

³ Balkaninsight.com, 27.01.2009.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN
HENRI BOHNET

6. Februar 2009

WWW.KAS.DE/MAZEDONIEN

NATO-Gipfel die Bestimmungen des bilateralen Interimsabkommen von 1995 verletzt haben soll. Das Abkommen verpflichtet Griechenland, die Beitrittsbestrebungen Mazedoniens (unter dem Namen „Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ – engl. Akronym „FYROM“) in internationale Organisationen nicht zu behindern. Doch hat insbesondere die Entscheidung Skopjes, die wichtigste Nord-Süd-Transportachse des Landes nach Alexander dem Großen und das größte Sportstadion Mazedoniens nach dessen Vater, Philip II. zu benennen, Athen provoziert.

Vor diesem Hintergrund sind während der nächsten Verhandlungsrunde unter UN-Aufsicht am 11. Februar wohl keine neuen Impulse sowohl vom neuen mazedonischen Chefunterhändler und Botschafter in Washington Jolevski (der durch Präsident Crvenkovskis Eingreifen seinen Vorgänger gegen den Willen des Premiers im Dezember ablöste), als auch von der griechischen Seite zu erwarten.

Fehlender politischer Dialog in Krisenzeiten

Mittlerweile erfasst die internationale Wirtschaftskrise auch Mazedonien. Betriebe drosseln die Produktion, Arbeiter gehen früher von der Schicht nach Hause. Doch interessieren sich die Medien in erster Linie für die politischen Machtkämpfe vor den Präsidentschaftswahlen. Denn Kandidat Ivanov hat mehrere ernstzunehmende Rivalen. Die im Land zweitstärkste Partei der Sozialdemokraten, die sich noch nicht von ihrem Wahldebakel 2008 erholt hat, schickt den kontroversen Ljubomir Frckovski ins Rennen, der an der gleichen Fakultät wie Ivanov unterrichtet. Frckovski ist in der Öffentlichkeit umstritten, nachdem während seiner Amtszeit als Innenminister einer sozialdemokratischen Regierung 1995 ein bis heute ungeklärter Attentatsversuch auf das damalige Staatsoberhaupt verübt wurde. Doch nutzt er mittlerweile seine Prominenz für gezielte Attacken auf die Schwachpunkte der derzeitigen Regierung und ihres Präsidentschaftskandidaten.

Gefährlicher für den Kandidaten Gruevskis könnte Ljube Boskovski, ein weiterer ehe-

maliger Innenminister, werden. Er war vom Kriegsverbrechertribunal in Den Haag als Hauptverantwortlicher der „Polizeiaktion“ angeklagt, die den Konflikt zwischen Albanern und Mazedoniern 2001 verschärfte. Doch Boskovski wurde 2008 vom Tribunal freigesprochen und kehrte als Held nach Skopje zurück. Seine Mitgliedschaft in Gruevskis VMRO-DPMNE hat er mittlerweile eingestellt; er tritt jetzt als Unabhängiger an. Viele Parteianhänger sympathisieren mit Boskovski, gegen den ein weiteres Gerichtsverfahren in Kroatien läuft; doch wäre er als Kandidat der sich als „Volkspartei“ verstehenden VMRO-DPMNE für die albanische Bevölkerung - aufgrund seiner Rolle im Konflikt 2001 - unwählbar.

Den größten Anteil der albanischen Stimmen will Imer Selmani auf sich vereinigen, der als Vorgänger des jetzigen Gesundheitsministers einen sehr guten Ruf auch unter den Mazedoniern genießt. Er profitiert von dem offenkundigen Konflikt der VMRO-DPMNE mit ihrem albanischen Koalitionspartner DUI, der trotz früherer Unterstützungszusagen für Ivanov jetzt einen eigenen Kandidaten aufstellt. Letzterer wird jedoch aufgrund seines geringen Bekanntheitsgrades unter der allgemeinen Bevölkerung und seinen ausschließlichen Gebrauchs der albanischen Sprache in öffentlichen Reden über die Unterstützung treuer DUI-Anhänger kaum hinaus kommen.

Wird es freie und faire Wahlen geben?

Es ist wahrscheinlich, dass aufgrund der gegenwärtigen politischen Konstellation keiner der insgesamt sieben Kandidaten am 22. März eine absolute Mehrheit der Stimmen erhalten und es damit zwei Wochen später zu einer Stichwahl kommen wird. Doch richten sich die Bedenken internationaler Beobachter über die Gewährleistung eines freien und fairen Wahlverlaufs nicht so sehr auf die Präsidentschaftswahlen, als auf die zeitgleich laufenden Kommunalwahlen. Hier bahnt sich erneut ein Machtkampf insbesondere über die Kontrolle der albanisch besiedelten Gebiete an, der bereits vor Wahlkampfbeginn beunruhigende Parallelen zum letztjährigen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Parlamentswahlkampf aufweist.⁴ Doch könnten friedliche Wahlen den europäischen Beobachtern die im Prinzip erfolgreich verlaufende Umsetzung des Ohrid-Abkommens, welches die politische und gesellschaftliche Beteiligung der etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachenden Albaner regelt, unter Beweis stellen. Aber die Bevölkerung rechnet den politischen Parteien das Höchstpotential an negativem Einfluss bei der Regelung der interethnischen Beziehungen zu.⁵ Trotz der Bekenntnisse aller Parteien zu demokratischen Standards und freien Wahlen sind deshalb ernstzunehmende Wahlverletzungen nicht auszuschließen, denn neben der Konfrontation zwischen Regierung und Opposition und der Rivalität der albanischen Parteien belegen die geschilderten Entwicklungen den fehlenden politischen und gesellschaftlichen Dialog. Dieser ist jedoch gerade in den Zeiten der hereinbrechenden Wirtschaftskrise, deren Ausmaß und Dauer von den politischen Entscheidungsträgern bis heute noch nicht abgesehen werden kann, von entscheidender Notwendigkeit.

AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN
HENRI BOHNET

6. Februar 2009

WWW.KAS.DE/MAZEDONIEN

⁴ Einige albanische Kommunalpolitiker haben in persönlichen Gesprächen bereits über erste Einschüchterungsversuche der etablierten Albanerparteien DUI und DPA gegenüber den Wählern berichtet.

⁵ Ergebnisse einer im Auftrag des Integrationsministeriums durchgeführten repräsentativen Umfrage. Vgl: idscs.org.mk/upload/news/Prezentacija_OFA.pdf